Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres an Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Wie Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 247 **Donnerstag / Freitag 9. / 10. November 1922.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat von der Reparationskommission eine Antwort auf ihre Vorschläge in der Währungsfrage erhalten und erwägt weitere Vorschläge als neue Verhandlungsgrundlage.

* Die Lebenshaltungskosten sind im Oktober auf den 247fachen Stand der Friedensverhältnisse gestiegen.

* Das englische Ministerium ist jetzt in allen Posten besetzt. Es umfaßt 16 Minister.

* Graf Brockdorff-Rantzau erklärte bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens in Moskau, der Rapallovertrag habe eine neue Ära der Zusammenarbeit für Deutschland und Rußland eröffnet.

* Die Orientkrisis hat wegen der Forderung der Türken nach Aufhebung der Besetzung Konstantinopels eine neue Zuspitzung erfahren.

Und wieder Notenwechsel . . .

Merkwürdig: die Reparationskommission hat sich der Mühe einer Reise nach Berlin unterzogen, um sozusagen im abgekürzten Verfahren durch mündliche Verhandlungen mit der Reichsregierung zu einer irgendwie „befriedigenden" Lösung der Reparationsfrage zu gelangen. Und nun sind wir trotzdem wieder glücklich in die verwünschte Praxis des Notenwechsels hineingeraten. Welchen Deutschen packte nicht bei der bloßen Erinnerung an den Austausch der berüchtigten Schriftstücke zuerst mit Wilson, dann mit den Obergewaltigen in Paris ein gelindes Gruseln, wenn er sich jener Methoden und Verhandlungsführung erinnert, bei der wir immer tiefer herabgewürdigt und gedemütigt wurden, während die Gegenpartei sich immer schroffer und immer unversöhnlicher auf ihre sogenannten Rechte und Ansprüche zurückzog. Soll es jetzt ebenso gehen? Denn nachdem die Herren Barthou und Genossen gerade eine Woche in der Reichshauptstadt mit den Vertretern unserer Regierung zusammengearbeitet haben, ist diese plötzlich wieder zum schriftlichen Verfahren übergegangen, mit dem Erfolg, daß auch die Reparationskommission ihre Rückäußerung auf die sogenannten deutschen Vorschläge zur Stabilisierung der Mark in schriftlicher Form niederlegte, worauf die Reichsregierung abermals in gleicher Weise zu antworten gedenkt. Ein Verfahren, mit dem voraussichtlich die zweite Woche dieser „mündlichen" Verhandlungen ausgefüllt werden wird.

Auf besonderes gegenseitiges Vertrauen läßt ein solches Hin und Her von Noten zwischen Parteien, die an einem und demselben Sitz vereinigt sind, gewiß nicht schließen; womit indessen noch nicht gesagt zu sein braucht, daß das vorhandene Mißtrauen zwischen ihnen jede Möglichkeit einer Verständigung ausschließt. In der Sache aber kann man sich allerdings nur schwer vorstellen, wie die Gegensätzlichkeit der Auffassungen hüben und drüben, selbst den besten Willen auf beiden Seiten vorausgesetzt, noch überbrückt werden kann. Aus Paris hört man schon darüber lärmen, daß die Reparationskommission nicht dazu nach Berlin gekommen sei, um der deutschen Regierung zu sagen, wie sie sich finanziell gesund machen könne, sondern um die Forderungen unserer Gläubiger so oder so beizutreiben. Und wenn es auch noch nicht so weit ist, daß Herr Barthou allein in diesen Fragen zu befehlen hat, so halten sich doch die Vertreter der übrigen Siegerstaaten in der Reparationskommission ebenso wie ihre heimischen Presseorgane sehr stark zurück, was den Vertretern Frankreichs die Spitzenführung im Augenblick natürlich außerordentlich erleichtert. Die deutsche Regierung ihrerseits kann unmöglich mit Vorschlägen dienen, die rein auf die eigene Kraft des Reiches aufgebaut wären. Gleichviel an welchem Ende man das unbedingt notwendige Sanierungswerk anpacken will, ob bei der Produktionspolitik oder bei der Währungspolitik, in jedem Falle hat das Ausland nicht nur ein entscheidendes Wort mitzureden, sondern es muß uns auch mit entscheidender Tat zu Hilfe kommen, wenn das, was wir tun können — und deshalb allerdings auch tun müssen — irgendeinen Nutzeffekt zeitigen soll. Insoweit werden sich wohl alle Mitglieder der Reichsregierung untereinander verständigt haben. Was über schwerwiegende Differenzen zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes hier und da in der Presse berichtet wird, unter verständnisvollem Schmunzeln der französischen Berichterstatter, scheint uns doch wohl schon einem früheren Stadium der Angelegenheit anzugehören. Die Reichsregierung würde sich ihr eigenes Todesurteil sprechen, wenn sie nicht jetzt wenigstens, in dem Augenblick, in dem sie zu unmittelbaren Verhandlungen mit der Gegenseite geschritten ist, in sich einig und geschlossen marschieren könnte. Es ist sehr zu bedauern, daß die leidige Gewohnheit gewisser Parteipolitiker, auch die schwerwiegendsten außenpolitischen Entscheidungen von parteipolitischen Erwägungen abhängig zu machen, wieder einmal den Sieg davongetragen hat.

Inzwischen hat sich auch die französische Kammer mit dem deutschen Marksturz beschäftigt. Von sozialistischer Seite wurde hier die große Enttäuschung gekennzeichnet, die gegenüber den Erwartungen bei der Ausarbeitung des Versailler Vertrages die tatsächliche Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa den Siegern gebracht habe. Man habe sich damals in Versailles eingebildet, Deutschland werde für Milliarden Mark exportieren und die Mark würde rasch steigen. Daraufhin hätten selbst die alliierten Regierungen auf die Hausse der Mark gerechnet und Milliarden Markwerte behalten. Statt dessen sei die Mark vollkommen entwertet, und Deutschland verarmt, da es Waren einführen müsse, statt solche auszuführen. Es gehe nun dem industriellen und Währungszusammenbruch entgegen. Man könne weder auf Goldzahlungen noch auf Warenlieferungen von Deutschland mehr rechnen. Bei allem, was man getan habe, sei man zu spät gekommen. Jetzt bleibe nichts anderes mehr übrig als eine ausländische Geldhilfe für Deutschland. Dazu sei auch vor allem die Stabilisierung der Mark notwendig. Entweder man erfasse die Krankheit an der Wurzel, dann würden gelinde Maßnahmen genügen, oder aber, wenn man sich dazu nicht aufraffen könne, müßten, um Frankreich selbst zu retten, energische Eingriffe vorgenommen werden. Alle Nationen der Welt seien von einer gemeinsamen Gefahr bedroht. Deshalb sollten sie sich zur Ausgabe eines internationalen Geldes entschließen, das Kursfähigkeit in allen Staaten besitzt. Dazu allerdings bedürfe es eines Friedensgeistes allerwärts — und es bleibt unausgesprochen, ob diese Voraussetzung nach der Meinung des sozialistischen Redners heute ernstlich als gegeben angesehen werden kann. Herr Poincaré wird ihn wohl schon bald darüber belehren, daß so, wie der Sozialismus sich das denkt, die Welt nicht zu kurieren sei.

Der Dollar 8500!

Gleichzeitig mit der Mark sinkt der französische Frank.

Berlin, 7. November.

Obwohl aus politischen Kreisen den Alarmnachrichten über vollständige Aussichtslosigkeit der Berliner Reparations- und Währungsverhandlungen entgegengetreten wird, bleiben die an der Börse maßgebenden Kräfte abweisend gegen die Mark, die sich infolgedessen immer weiter nach unten bewegt. So wurde es möglich, daß der Dollar zeitweilig bis 8700 notierte. Die amtliche Notiz setzte schließlich 8450 fest. Ein nennenswertes wirkliches Geschäft in Devisen fand übrigens auch heute nicht statt, wenn auch nachbörslich 8600 Mark für den Dollar aus Newyork gemeldet wurden. Bemerkenswert war übrigens das gleichzeitige weitere Sinken des französischen Frank, der für 560 leicht zu haben war, während sonstige westliche Devisen mangelten.

Appell an die Landwirtschaft.

Schnellere Ablieferung des Umlagegetreides.

In der nach Berlin einberufenen außerordentlichen Versammlung des deutschen Landwirtschaftrates, nahm Staatssekretär Henrici das Wort, um der Sorge der Reichsregierung über die Brotversorgung Ausdruck zu geben. Nach der Schilderung der bekannten Sachlage betonte der Redner, die Regierung stehe vor größeren Schwierigkeiten, da die Ernte weniger gut als im Vorjahr ausgefallen ist, außerdem auch die Valutaentwicklung eine Einfuhr von Auslandsgetreide fast unmöglich gemacht hat. Eine größere Menge von Auslandsgetreide sei zwar gekauft, doch die Erfassung der Umlagemengen ist außerordentlich geringer als im verflossenen Jahre. Den im gleichen Zeitabschnitt 1921 eingebrachten 1 400 000 Tonnen Umlagegetreide stehen bisher nur 400 000 Tonnen gegenüber. Die Regierung weiß, daß rein äußerliche Erschwerungen vorliegen. Die Ernte ist verspätet, die Verteilung der Umlagemengen in den Bezirken hat sich verzögert usw. Aber der große Unterschied der Ablieferung findet wohl darin doch nicht seine volle Erklärung, sondern wir sind der Meinung, daß eine größere Bereitwilligkeit auf seiten der Landwirte eintreten muß.

Die Lage der Brotversorgung muß als ganz außerordentlich ernst bezeichnet werden.

Die Sorge um die Brotversorgung klopft bedenklich an unsere Tür. Das erstandene Auslandsgetreide in Verbindung mit den jetzt eingebrachten Umlagemengen reicht gerade bis in die ersten Tage des Januar. Staatssekretär Henrici erklärte zum Schluß, er habe die Aufgabe, den ernsten Appell der Reichsregierung an die berufenen Vertreter der deutschen Bauernschaft zu richten, ihre ganze Autorität in die Wagschale werfen zu wollen, daß die Umlage reicher und schneller abgeliefert wird, damit von uns allen die Sorge vor dem Zusammenbruch genommen werde.

Hieran schlossen sich Vorträge über die Erhaltung des Bauernstandes und die Aufrechterhaltung der Lebensmittelerzeugung.

Die neue deutsch-russische Ära.

Graf Brockdorff in Moskau.

Der neue deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau hat in einem feierlichen Antrittsbesuch sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten des Zentralexekutivkomitees Kalinin überreicht. Bei dieser Gelegenheit hielt der Botschafter eine Ansprache, deren wichtigste Sätze wie folgt lauteten:

Mit meinem Können und meiner Person werde ich mich dafür einsetzen, zu beweisen, daß der Vertrag von Rapallo eine neue Ära eingeleitet hat für das deutsche und das russische Volk und damit nicht nur für Europa, sondern für die gesamte Welt. Der Vertrag von Rapallo hat einen Strich gemacht unter die Vergangenheit, aber nur soweit sie traurig war. Es hat eine Zeit gegeben, in der das deutsche und das russische Volk sich verstanden haben: zum Schaden beider Völker haben sich ihre Wege getrennt, aber in der schweren Prüfung, die das Schicksal uns auferlegt hat, haben wir uns wiedergefunden zu gemeinsamer Arbeit.

Präsident Kalinin begrüßte darauf den Grafen als Botschafter der „befreundeten deutschen Republik". Durch den Abschluß des Rapallo-Vertrages habe das deutsche wie das russische Volk der gesamten Welt ein Zeugnis uneigennützigen Vertrauens gegeben. Nur ein solches Vertrauen vermöge die Basis für wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zu bieten und der ganzen Welt den einzig gerechten Ausweg aus den Schwierigkeiten und dem Chaos zu weisen, die sich aus dem furchtbaren und sinnlosen Krieg ergeben haben.

Der Streit um Konstantinopel.

Die Türken verlangen die Räumung.

Bekanntlich wird die türkische Hauptstadt von interalliierten Truppen besetzt gehalten, was bei den siegreichen Angoratürken das Verlangen zur Folge hatte, daß die Entente nunmehr Konstantinopel räumen solle. Einer Übergabe der Zivilverwaltung glauben die Alliierten zustimmen zu können, nicht aber einer Verschiebung der militärischen Kräfteverteilung. In London erklärt man, innerhalb der nächsten 24 Stunden dürfte man wissen, ob das türkische Ersuchen um Räumung Konstantinopels durch die alliierten Truppen nur Bluff sei oder das Vorspiel zu einer ernsten Forderung. In verantwortlichen alliierten Kreisen werde

die Lage für äußerst ernst angesehen.

In den europäischen Vierteln herrsche große Nervosität, und Geschäftsleute und andere Personen bereiteten sich darauf vor, unverzüglich abreisen zu können. Nach den letzten Berichten ist es in der Hauptstadt zu keinem Kampf gekommen. Der Sultan hat noch nicht abgedankt und befindet sich noch im Palast. Alle Minister dagegen haben ihre Ämter niedergelegt. Man glaubt, daß die britischen Behörden Maßnahmen treffen, um den Sultan und den Thronfolger zu schützen. Das hat seine Ursache wahrscheinlich darin, daß der Sultan den Versuch gemacht haben soll, Konstantinopel zu verlassen, woran er jedoch von der Bevölkerung gehindert worden sein soll.

Militärische Maßnahmen.

Die Regierung in Angora hat den alliierten Oberkommissaren erklärt, daß die Kriegsschiffe aller Nationalitäten um die Ermächtigung einkommen müssen, die Meerengen zu durchfahren, und daß sie die Flagge der neuen Regierung begrüßen müssen. Weiter wird gemeldet, daß die türkische Gendarmerie in die neutrale Zone von Tschanak eingedrungen sei. In Smyrna gestatten die Türken den Europäern nicht, die Stadt zu verlassen, außer wenn sie zuvor ein Schriftstück unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, nie wieder zurückzukehren.

Türkische Friedensforderungen.

Die Nationalversammlung von Angora hat Ismet Pascha angewiesen, auf der Lausanner Konferenz folgende Punkte zu verlangen:

1. Die Grenzen der Türkei müssen mit dem nationalen Pakt übereinstimmen. 2. Griechenland muß eine Entschädigung bezahlen. 3. Beseitigung der Kapitulationen. 4. Neue Regelung der Grenzen des Irak. 5. Vollständige Unabhängigkeit der Türkei von finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Kontrolle.

*

Die Flüchtlinge.

Die Zahl der kleinasiatischen Flüchtlinge in Griechenland beträgt jetzt 98 000 Männer, 293 000 Frauen und 370 000 Kinder, darunter 70 000 Waisen. In der von der amerikanischen Unterstützungsorganisation angegebenen Gesamtzahl von 846 000 Flüchtlingen sind zahlreiche Personen nicht enthalten, die genügende Mittel besitzen, um selbst für ihren Unterhalt zu sorgen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

10 000 Mann Eisenbahnpersonal weniger.

In der Antwort auf einen offenen Brief des Generaldirektors Forthmann vom deutschen Kalisyndikat, in der Beschwerde über die Tarifpolitik der Eisenbahn und über die Verwendung des Personals zu Betriebsratszwecken geführt wird, stellt der Reichseisenbahnminister fest, daß die bezüglichen Geschäfte in der Hauptsache nur von den völlig vom Dienst befreiten Beamten geführt werden. Dies seien zurzeit nur 266 Beamte und 351 Arbeiter. Die Zahl sei fortwährend herabgemindert worden. Die Bemühungen der Verwaltung um den Abbau des Personals hätten dazu geführt, daß das Personal im Laufe des Rechnungsjahres 1921 um rund 40 000 Personen verringert wurde.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF